

Frage 1 FHBV

Sind oder waren Sie ehrenamtlich in einem Bereich der Flüchtlingshilfe engagiert? Was hat Sie bewogen dies zu tun oder auch nicht?

Natalie Pawlik

Aufgrund meiner beruflichen und politischen Tätigkeiten bin ich derzeit nicht im Bereich der Flüchtlingshilfe tätig. Dennoch pflege ich regelmäßigen Kontakt zu Asylsuchenden und Ehrenamtlichen innerhalb der Flüchtlingshilfe, da mir der Austausch und der aktuelle Bezug besonders wichtig sind. Während meiner Studienzeit (2012-2015) an der Justus-Liebig-Universität in Gießen war ich in mehreren studentischen Initiativen im Bereich der medizinischen Versorgung und der rechtlichen Beratung von Geflüchteten engagiert. Der Großteil meiner damaligen Aktivitäten umfasste die Organisation von Begegnungsveranstaltungen in Form von Weihnachtsfeiern in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung, Freizeitgestaltung und Austausch mit Asylsuchenden. Dabei war ich insbesondere bei der Organisation von Geschenken und Unterhaltungsangeboten für geflüchtete Kinder aktiv. Hin und wieder fielen dabei auch alltägliche Hilfestellungen wie z.B. bei Arztbesuchen oder Behördengängen an.

Motiviert hat mich vor allem meine persönliche Erfahrung, als Kind von Spätaussiedlern mit sechs Jahren in ein damals für mich fremdes Land zu kommen und die Überzeugung, dass Flüchtlinge und Asylsuchende unsere Hilfe und unseren Schutz brauchen.

Frage 2 FHBV

Was halten Sie von der Behauptung, dass die zivilen Seenotretter im Mittelmeer das „Geschäft der Schlepper“ betreiben würden?

Natalie Pawlik

In der europäischen Flüchtlingspolitik Bedarf die Seenotrettung eines enormen Ausbaues und wesentlich mehr Förderung. Viele Menschen ertrinken im Mittelmeer, weil es keine legalen und sicheren Wege nach Europa gibt. Die fehlende Seenotrettung durch staatliche/europäische Stellen ist meiner Auffassung nach eines der Grundprobleme der europäischen Politik. Zivile Organisationen greifen lediglich das auf, was die EU-Staaten und die Europäische Union nicht leisten, was jedoch überlebenswichtig für Flüchtlinge ist. Eine Einschränkung der Seenotrettung wäre fatal und bedeutet in der Konsequenz, Menschen ertrinken zu lassen. Das kann keiner wollen. Ich bezweifle, dass die Abwesenheit der Seenotrettung zu weniger Migration führt. Verzweifelte Menschen werden immer aus mangelnder Alternative ihr Leben riskieren, um zu überleben. Die Kritik an der zivilen Seenotrettung verfehlt meiner Auffassung nach die Grundprobleme, nämlich dem Fehlen von sicheren und legalen Fluchtwegen nach Europa und die notwendige Bekämpfung von Fluchtursachen (siehe Folgefrage).

Frage 3 FHBV

Wie möchte Ihre Partei und Sie persönlich die Fluchtursachen in den afrikanischen Ländern bekämpfen?

Natalie Pawlik

Mein Grundsatz im Umgang mit Flucht und Vertreibung ist die politische Grundhaltung, dass Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge bekämpft werden

müssen. Das ist allerdings nur möglich, wenn die Europäische Union gemeinsam, solidarisch und geschlossen handelt. Wir brauchen dabei vor allem Perspektiven für die Menschen in ihrer Heimat. Viele Asylsuchende begeben sich nach Europa, weil es für sie keinen Schutz und keine Perspektiven in ihrer Heimat gibt. Hierbei ist es z.B. essenziell, dass die EU-Mitgliedsstaaten die notwendigen finanziellen Mittel für den UNHCR, WFP und Afrika Fonds bereitstellen.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode konnte die SPD eine Erhöhung des Budgets für die Bekämpfung von Fluchtursachen auf die Rekordsumme von 8,5 Milliarden Euro durchsetzen. Durch diese Mittel werden vor allem Projekte und Organisationen gefördert, die den Menschen vor Ort Lebensperspektiven eröffnen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Bekämpfung von Hunger, Menschenrechtsverletzungen, staatlicher und kriegerischer Gewalt und Unterdrückung. Des Weiteren wurde durchgesetzt, dass Bildung in den Fokus der Entwicklungsarbeit rückt und Bemühungen zur Beschulung von Flüchtlingskindern in den Aufnahmestaaten unterstützt werden. All das sind wichtige Schritte, die es auszubauen gilt.

Frage 4 FHBV

Viele Bürgerinnen haben für geflüchtete Verwandte eine Verpflichtungserklärung abgeben. Ihnen wurde in Aussicht gestellt, dass sie nach deren Anerkennung aus der Verpflichtung entlassen würden. Trotz Anerkennung des Flüchtlingsstatus bei diesen Geflüchteten werden die verpflichteten Bürgerinnen von Seiten der Jobcenter weiterhin zur Kostenerstattung, insbesondere Sozialleistungen aufgefordert; dabei werden häufig fünfstellige Beträge fällig. Was werden Sie und ihre Partei tun, damit solche Bürgerinnen nicht über Gebühr individuell belastet werden?

Natalie Pawlik

Hier müssen vor allem die schwarz-grüne Landesregierung und das CDU-geführte Innenministerium Verantwortung übernehmen und eine Lösung finden, da dieses den Bürgerinnen und Bürgern eine offensichtlich falsche Rechtsauskunft gegeben haben.

Die SPD hatte im Landtag vorgeschlagen, finanzielle Mittel für die Flüchtlingspaten im Landeshaushalt bereitzustellen und dadurch eine rechtliche Grundlage für unbürokratische Hilfen zu schaffen. Leider haben das CDU und Grüne im Landtag mit ihrer Mehrheit verhindert.

Generell müssen die fraglichen Regelungen im Aufnahmegesetz präzisiert werden. Die Bürgerinnen und Bürger, die dazu bereit sind, eine Bürgerschaft zu übernehmen, müssen vorher wissen, auf was sie sich einlassen.

Frage 5 FHBV

Wie werden Sie die vielen tausend Ehrenamtler im Land in der Flüchtlingsarbeit in den nächsten Jahren motivieren? Haben Sie sich persönlich über die Arbeit von ehrenamtlichen Tätigen in ihrem Wahlkreis informiert und wenn ja, wie?

Ehrenamtlichen Engagement muss durch Politik bzw. seitens der staatlichen Stellen gefördert werden, z.B. durch Fachwissen und der Bereitstellung von notwendigen finanziellen Mitteln für Projekte. Formale Hürden, welche die praktische Arbeit erschweren, und Regelungen, die in der Praxis Hürden darstellen, müssen abgebaut werden. Es kann nicht sein, dass Ehrenamtliche wegen Formalitäten an ihrer Arbeit gehindert werden oder Integrationsprozesse wegen alltagsuntauglichen Regelungen ausgebremst werden. Die Kooperation zwischen Politik, Verwaltung und Vereinen muss mancherorts noch verbessert werden. Wie auch bei Frage 1 beschrieben, ist mir

hierbei der regelmäßige Austausch mit Menschen aus der Flüchtlingshilfe weiterhin sehr wichtig. Daher informiere ich mich auch über die Projekte und die ehrenamtliche Arbeit vor Ort. Nur durch den direkten Kontakt und durch direkte Gespräche kann man am ehesten die realen Bedingungen, Probleme und Erfolge kennenlernen. Meine Ansprechpartner sind zahlreiche Integrationslotsen des Wetteraukreises, in den Bereich der Arbeitsmarktintegration habe ich mir bei meinem Gesprächstermin mit der FAB GmbH Einblick verschaffen können. Als Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung in Bad Nauheim und im Kreistag des Wetteraukreises, wo ich auch Mitglied im Ausschuss für Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung bin, erhalte ich ebenfalls wichtige Informationen über die Situation in der Wetterau.

Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, dass die Arbeit in der Flüchtlingshilfe erleichtert wird und Erfolge auch Anerkennung finden. Dies kann z.B. durch Ehrungen verstärkt werden oder, wie in manchen Städten bereits praktiziert, durch sogenannte Ehrenamt-Cards, bei denen Ehrenamtliche Vergünstigungen bei städtischen Einrichtungen und Angeboten erhalten. Letztendlich ist die wichtigste Motivation die Dankbarkeit und Wertschätzung, die wir Ehrenamtlichen noch stärker entgegenbringen müssen.